

Betonung liegt auf Erdkabel

Kreisentwicklungs-Politiker erweitern Stellungnahme des Landkreises zur 380 kV-Leitung

LANDKREIS (sd) • Die Betonung liegt auf Erdkabel: Die Kreisentwicklungs-Politiker ergänzten gestern die Stellungnahme des Landkreises im Genehmigungsverfahren der umstrittenen 380 kV-Stromtrasse. In ihrer Stellungnahme fordern sie weitere unterirdische Leitungssysteme.

„Alles wird wohl nicht machbar sein“, sah Jürgen Timm (FDP) gestern eine gesamte Erdverkabelung von Ganderkesee nach Sankt-Hülfe als unrealistisch und teilte damit die Auffassung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hermann Rendigs: „Das kann man fordern. Aber die Frage ist, wie realistisch das ist.“

Die Stellungnahme des

Landkreises liegt bereits seit Ende Februar bei der Regierungsvertretung in Oldenburg. Denn bei der Frist hatte es Missverständnisse gegeben (wir berichteten). Die seinerzeit angekündigte Verlängerung bis zum 20. April hatte es nur für Bürger gegeben. Von der Regierungsvertretung hatte der Landkreis die Zusage bekommen, noch Argumente nachtragen zu können.

Werner Scharrelmann (CDU) forderte gestern einen Beschluss des Kreistages, um die Inhalte der Stellungnahme zu untermauern. Das Kreis-Parlament tagt am Montag in Siedenburg – und soll auch die gestrigen Ergänzungen des Kreisentwicklungsausschusses per Votum

bestärken.

Detlef Tänzer von der Stabsstelle Kreisentwicklung erwartete gestern eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Regierungsvertretung in Oldenburg. Deren Mitglieder seien daran interessiert, „eine vertragliche Lösung zu finden, um den sozialen Frieden zu bewahren“, formulierte es Tänzer. Der Erörterungstermin für das Raumordnungsverfahren sei noch nicht festgelegt, werde voraussichtlich Mitte oder Ende Juni terminiert. Jetzt gelte es, Fakten und Argumente dafür zu sammeln.

Tänzer informierte die Politiker außerdem über die Landesanhörung am 23. Mai, ein Experten-Hearing zum Thema Freileitung und

Verkabelung.

Dem Land würde es sicherlich helfen, meinte Hans-Ulrich Püschel (CDU), wenn der Kreisentwicklungsausschuss einen Schwerpunkt auf die Erdverkabelung lege. Die Kosten für diese – wesentlich teurere – Lösung würden ohnehin auf den Strompreis aufgeschlagen, so die Überzeugung des Unionspolitikers: „Mit jeder Windmühle entstehen dem Verbraucher höhere Kosten.“

Detlef Tänzer wies deutlich darauf hin, dass zu einer Wirtschaftlichkeitsberechnung der Trasse weit mehr gehöre als nur die Feststellung der Baukosten.

Die Frage von Wilfried Heitmann (SPD), wann denn mit dem Bau der Trasse zu

rechnen sei, konnte Tänzer nicht beantworten.

Auf dem Beratungstisch lag gestern ein dickes Paket von Stellungnahmen zu dem umstrittenen Projekt – von einem Antrag der FDP-Bundestagsfraktion, der sich mit innovativen Energieübertragungstechnologien beschäftigt, über die Ankündigung einer Info-Veranstaltung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes bis hin zu den Stellungnahmen der Städte und Gemeinden im Landkreis. Wie ein roter Faden ziehe sich, so Klaus Naber (FDP) in der Funktion des Ausschussvorsitzenden, die Forderung nach einer grundsätzlichen Lösung für die Stromübertragung aus großen Windkraft-Anlagen.